

# : Konferenz Bericht

Bonn Symposium 2016

ENGAGEMENT  
GLOBAL  
Service für Entwicklungspolitik



sef:

## Niemanden zurücklassen. Die Agenda 2030 als gesellschaftspolitischer Auftrag für die lokale Ebene

Rebekka Hannes

Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDGs) verzahnen die ökonomische, ökologische und soziale Dimension von Nachhaltigkeit. Die Prämisse „Niemanden zurücklassen“ steht dabei für den gesellschaftspolitischen Auftrag der Agenda. In der Umsetzung dieses Auftrags kommt der kommunalen Ebene eine besondere Rolle zu. Zum einen treten gesellschaftliche Brüche sowie Sorgen und Ängste hier unmittelbar zutage. Zum anderen wird gerade auf der kommunalen Ebene der soziale Zusammenhalt von Menschen verschiedener Hintergründe maßgeblich und gemeinsam gestaltet – wenn die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Kommunalvertreter\* aus verschiedenen Weltregionen sowie andere ausgewiesene Experten diskutierten deshalb während des Bonn Symposiums 2016 Wege zur Umsetzung des gesellschaftspolitischen Auftrags der Agenda 2030 auf lokaler Ebene. Welchen transforma-

tiven Ansatz enthält die Agenda 2030? Welche Instrumente zur Umsetzung stehen Kommunen zur Verfügung, um gesellschaftlichen Brüchen entgegenzuwirken? Wie können Politik und Verwaltung mit Interessenskonflikten umgehen? Was sind gute Beispiele für kommunale Gesellschaftspolitik?

### Transformation unserer Welt

Ihren gesellschaftspolitischen Anspruch trägt die Agenda 2030 bereits in ihrem Titel: „Transformation unserer Welt“. Die Agenda 2030 ist ein zwischenstaatliches Dokument. Dass sie als ein solches mit ungewohnter Klarheit die Probleme unserer Welt benennt, ist für Jens Martens, Direktor des Global Policy Forum Bonn/New York, ein Indiz für die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit ihres Auftrags. Ungleichheiten und enorme Unterschiede bei Chancen, Reichtum und Macht werden in der Agenda explizit als Herausforderungen benannt. Das bedeutet, dass zur Umsetzung der Agenda kein *business as usual* mehr möglich ist. „Die Agenda 2030 bietet die Chance, gesellschaftliche Prinzipien wie Solidarität in konkretes Handeln umzusetzen“, fasste Martens zusammen. Die Universalität der Agenda, d.h. ihr Geltungsanspruch für alle Länder der Welt, sei ebenfalls bahnbrechend. Bislang hätten nur wenige Industrieländer wie Deutschland, die Schweiz oder Schweden einen Diskurs darüber begonnen, die Politik in ihren Ländern auf die SDGs abzustimmen. „Die Umsetzung der Agenda 2030 bedeutet auch, eigene Privilegien aufzugeben“, brachte es Dr. Heike Kuhn, Leiterin des Referats „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Reduzierung von Armut und Ungleichheit“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf den Punkt.



Fatimetou Mint Abdel-Malick, Stadt Tevragh-Zeina

Doch was heißt „Ungleichheit“ konkret? Paul Ladd, Direktor des United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) in Genf, definierte „Ungleichheit“ als multidimensionale Herausforderung: Für Ökonomen behindern Ungleichheiten das Wirtschaftswachstum. Sie haben aber auch Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt, die Umweltzerstörung sowie die politische Interessensvertretung. Sozial- oder Gesellschaftspolitik sei deshalb im Gegenzug alles, was Ungleichheiten verringern und zu einer „gesunden“ Gesellschaft und Wirtschaft beitragen kann – auf allen politischen Ebenen. Eine komplette Ausrottung von Ungleichheiten sei jedoch utopisch. „Die Politik muss definieren, welches Niveau an Ungleichheit akzeptabel ist“, so Dr Ilcheong Yi, Senior Research Coordinator bei UNRISD.



Tausi Kida (ESRF) und Paul Ladd (UNRISD)

Um den gesellschaftspolitischen Auftrag der Agenda umzusetzen, sind laut der Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development Veränderungen in drei Bereichen notwendig: Erstens müssten alternative Leitbilder von Fortschritt und ein neues Mindset entwickelt werden. Zweitens seien nachhaltigkeitsverträgliche Veränderungen in der Fiskalpolitik notwendig. Und drittens müsse der Widerspruch zwischen den „ohnehin Bekehrten“ und denjenigen, die sich durch die Verschärfung sozialer Ungleichheiten in den letzten 20 Jahren zurückgelassen fühlen, überwunden werden. Die Agenda könne ein passendes Instrument dafür sein, so Martens.

In Tansania zeigt die Agenda 2030 bereits erste Wirkung. Wie Tausi Kida, Geschäftsführerin der Economic and Social Research Foundation (ESRF) in Dar es Salaam, erläuterte, lag der Fokus zu Zeiten der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) primär auf Wirtschaftswachstum. Nun gebe es zum ersten Mal einen nationalen Entwicklungsplan, der die ökonomische Transformation und die menschliche Entwicklung gemeinsam angeht.

### Welche Rolle für die Kommunen?

Dass den Kommunen in der Umsetzung der Agenda 2030 eine entscheidende Rolle zukommt, daran bestand kein Zweifel während des Bonn Symposiums. Für Keynote-Rednerin Fatimetou Mint Abdel Malick,

Bürgermeisterin der Stadt Tervragh-Zeina in Mauretanien, sind Kommunen allerdings nicht nur im SDG 11, dem sogenannten „Städte-Ziel“, verankert. Dieses setzt die Maßgabe, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten – wichtige Ziele für alle Städte weltweit. Denn eigentlich seien alle nachhaltigen Entwicklungsziele auf der lokalen Ebene relevant. „Development is local. It does not happen at the level of the UN or the nation state“, so Ladd. Oder wie es Eshetu Wondafrash, Berater im Programm MiGlobe und Mitglied des Integrationsrats der Stadt Aachen, formulierte: „Alles in der Kommune betrifft alle, von Anfang an.“

Kommunen sind besonders geeignet, die Agenda umzusetzen, weil sie die SDGs lokalisieren, spezifizieren und damit konkret erfahrbar machen. Dadurch können Kommunen handfeste Bewusstseinsbildung für die verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit betreiben. Außerdem können sie Lobbyarbeit für kommunale Interessen auf Bundesebene leisten. Indem sie auf strukturelle Hürden in der Umsetzung hinweisen, auf die die Städte meist keinen direkten Einfluss haben, tragen sie außerdem zum Monitoring der Umsetzung bei. Zudem sei die Lokalpolitik schlichtweg verpflichtet, sich Ungleichheiten und anderen Herausforderungen in ihren Kommunen anzunehmen und die Bürger einzubeziehen, wie Abdel Malick betonte.

Wenn den Kommunen die Verantwortung der Umsetzung der Agenda übertragen werde, müssten allerdings auch entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dies sei insbesondere wichtig, weil Kommunen in der Regel nur begrenzt über eigene Einnahmequellen verfügten.

### Wann sind gesellschaftspolitische Projekte erfolgreich?

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen tauschten sich die Teilnehmenden über die Themen Bildung, Gewaltprävention, Geschlechtergerechtigkeit, demographischer Wandel, Migration – Integration – Partizipation, bezahlbarer Wohnraum und faire Beschaffung aus. Was sind Erfolgsfaktoren für ihre Umsetzung auf der lokalen Ebene? Einig waren sich die Teilnehmenden, dass oft bereits kleine Projekte, die nicht zwangsläufig teuer sein müssen, viel bewirken können. Patrick Burton, Geschäftsführer des Centre for Justice and Crime Prevention (CJCP) in Kapstadt, erläuterte zudem, dass ein effektives Zusammenspiel der verschiedenen Ressorts Kosten spare und automatisch Auswirkungen auf andere Politikfelder habe. Kommunen seien beispielsweise häufig belastet, wenn es um die Prävention von Jugendgewalt gehe. Wenn das Bildungssystem und das soziale Sicherheitsnetz gut funktionierten, sei Sicherheit in der Stadt jedoch eine logische Folge.

Eine weitere grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche lokale Gesellschaftspolitik ist, dass die Stadtspitze die Themen mittragen und langfristig mit politischem Gewicht unterfüttern muss. Bei Querschnittsthemen wie der Geschlechtergerechtigkeit,

Kriminalitätsprävention oder der fairen Beschaffung ist es wichtig, dass alle Teile der Verwaltung dieses kontinuierlich und flächendeckend umsetzen.

Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit der Stadt Dortmund, und Allison Howland von der Baltimore Neighborhood Indicators Alliance stellten zudem die Wichtigkeit von Netzwerken innerhalb der Stadt heraus. Denn diese bringen die gesammelte Kompetenz der Bürgerschaft zusammen: „Netzwerke sind weit mehr als die Summe ihrer Einzelteile“, so Zoerner.

Zoerner und Howland wiesen gleichermaßen darauf hin, wie wichtig die Erhebung und Verfügbarkeit von verlässlichen Daten ist. Nur so könnten Projekte auf eine valide Basis gestellt werden. Außerdem verschafft die Verfügbarkeit von Daten Transparenz. Bürger haben so die Möglichkeit, potentielle Missstände in ihren Stadtteilen mit denen in anderen zu vergleichen und aktiv zu werden. Für Transparenz ebenso wichtig ist ein Monitoring-System, das den Erfolg von Projekten durch vorab festgelegte Indikatoren messbar macht.

## Integration und Teilhabe

Eine besondere Herausforderung, der sich Kommunen weltweit derzeit gegenübersehen, ist die Integration und Teilhabe von Migranten und Flüchtlingen. Dr. Andreas Hollstein hat als Bürgermeister der Stadt Altena bewusst mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als durch den

dem Libanon. Da dort in Kommunen teilweise auf einen Libanesen ein syrischer Flüchtling komme, sei eine neue Definition von „lokaler Gemeinschaft“ notwendig. Bei der Gestaltung lokaler Gesellschaftspolitik müssten die gemeinsamen Bedürfnisse von aufnehmenden Gemeinden und Migranten im Vordergrund stehen – und nicht die Politik. Er versuche den Begriff „Integration“ zu vermeiden. Kulturell und sprachlich seien die syrischen Flüchtlinge im Libanon eigentlich „integriert“. Aufgrund der schieren Masse der Flüchtlinge seien die politischen Institutionen und die Gesellschaft jedoch überfordert. Die Perspektive, dass die Flüchtlinge eines Tages in ihre Heimat zurückkehren, sei für die libanesische Bevölkerung deshalb sehr wichtig. Eine Politik der Integration würde dem entgegenlaufen. Letztlich gehe es jedoch um die Teilhabe aller an der Gemeinschaft. Gesellschaften mit einer aktiven Zivilgesellschaft seien erwiesenermaßen widerstandsfähiger, so Lakkis. In kleinen Kommunen sei es deshalb einfacher für Migranten anzukommen, ergänzte Hollstein.

Paulino Miguel, Projektmanager Diaspora, Migration und Entwicklungszusammenarbeit beim Forum der Kulturen Stuttgart e.V., stellte die kommunalen Flüchtlingsdialoge in Baden-Württemberg vor. Sie sind ein möglicher Weg, um Fragen des Zusammenlebens, der Teilhabe und der Integration in der Kommune gemeinsam mit Flüchtlingen zu gestalten – und niemanden zurück zu lassen. Die Dialoge zeigen, dass jedes Thema in einer Kommune dialogisch angegangen werden kann. Dabei geht es hauptsächlich um Zukunftsfragen und konkrete Maßnahmen zur Gestaltung des Zusammenlebens.



Kleingruppe Geschlechtergerechtigkeit

staatlichen Verteilungsschlüssel zugeteilt. Aus seiner Sicht unterschätzen viele Kommunen, was Integration tatsächlich bedeutet: „Dass Flüchtlinge und Migranten satt und sauber sind, das kriegen alle Kommunen hin. Aber Teilhabe an der Gesellschaft ist weit mehr als das.“ Flüchtlinge und Migranten wahrhaft integrieren zu wollen und nicht beispielsweise in Wohnheime abzuschieben, erfordere ein starkes Rückgrat der verantwortlichen Politiker.

Dr. Ramy Lakkis, Direktor der Lebanese Organisation for Studies and Training (LOST) in Baalbeck-Hermel, kontrastierte die deutschen Erfahrungen mit denen aus

Dass Partizipation für Kommunen nicht immer einfach ist, betonte Justice Amoah, District Coordinating Director in Nadowli-Kaleo, Ghana. Besonders für ländliche Regionen in Ghana sei häufig allein das Bereitstellen und die Finanzierung von Transport, Verpflegung und Tagelohnern eine Bürde. Yi mahnte jedoch, Sozialpolitik und damit auch die Teilhabe nicht als Last für Politik und Verwaltung zu sehen. Sie sei immer ein Gewinn für die Bürger und für die Gemeinschaft.

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die Etablierung kommunaler Flüchtlingsdialoge, von Integrationsbeiräten etc. in Deutschland positiv zu bewerten ist. Diese und ähnliche Instrumente seien jedoch relativ neu. Bis vor zehn Jahren habe sich Deutschland nicht um das Thema Integration gekümmert – außer mit Plänen zur Rückkehr von Migranten, kritisierte Miguel.

## Interessenskonflikt – und nun?

Deutlich wurde beim Bonn Symposium auch, dass „Nachhaltigkeitspolitik nie widerspruchsfrei sein kann“, wie es Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär beim Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, ausdrückte.

Dass Interessenskonflikte auch gewaltsam ausgetragen werden können, berichtete Rehana Moosajee. Sie war



2010 verantwortlich für die Einführung des ersten öffentlichen Bussystems Rea Vaya und mit einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen konfrontiert. Sie erläuterte, dass viele Konflikte in der Politik daher rührten, dass Politiker keine Experten im jeweiligen Themenfeld, etwa der Logistik, seien. Es liege in der Natur der Sache, dass jeder zunächst nur einen kleinen Teil des Ganzen sehen könne. Um zu einer offenen Diskussion zu kommen, sei es notwendig, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Menschen sich trauen, ihre Ängste und Sorgen gegenüber der Politik offenzulegen.

Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen, gab ganz persönliche Einblicke in seinen Umgang mit Zielkonflikten: Wichtig sei es empathisch zu sein und einen Interessenskonflikt grundsätzlich zu erkennen. Um mit diesem umzugehen, sei es unabdinglich, Fakten zu sammeln und unterschiedliche Sichtweisen nicht



Justice Amoah, Rehana Moosahee und Erik Lierenfeld (v.l.n.r.)

nur anzuhören, sondern auch zu akzeptieren. Lösungen sollten gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet werden. Schließlich müsse offen kommuniziert werden, dass am Ende eine politische Entscheidung stehen werde, die nicht alle zufrieden stellen kann. Diese müsse wiederum konsequent vertreten und begründet werden. Das Diskreditieren von Kompromissen, egal ob von Seiten der Bürgerschaft oder der Politik, widerspreche dem Grundverständnis von Demokratie, zeigte sich Eumann überzeugt.

## Aufruf zu Mut, Eile und Austausch

Um den transformativen und gesellschaftspolitischen Auftrag der Agenda 2030 umzusetzen, mahnten die Referenten und Teilnehmenden zu Mut, Eile und vor allem zum Austausch. „2030 ist eigentlich schon morgen. Wir können den Aufgaben nur gerecht werden, wenn wir kreativ sind“, so Abdel Malick.

Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer von Engagement Global, sah in der Umsetzung des gesellschaftspolitischen Auftrags der Agenda 2030 zwar eine Herausforderung angesichts des schwindenden sozialen Zusammenhalts in vielen deutschen Kommunen. Die Agenda könne aber auch eine Chance sein, für die Gemeinschaft vor Ort einzustehen und diese gemeinsam zu verändern. Ein Weg zur Stärkung der lokalen Gesellschaftspolitik könne sein, entwicklungspolitische Gruppen, die vielerorts seit Jahrzehnten aktiv und gut vernetzt sind, mehr mit sozialpolitischen Akteuren zu vernetzen, so Hollstein.

Auch die Bedeutung eines vertieften nationalen und internationalen Austauschs von Kommunalvertretern wurde betont. Innerhalb eines Landes könnten Netzwerke aus Kommunen deren Stimme gegenüber der jeweiligen Landes- und Bundesregierung stärken. Im internationalen Austausch sei es wichtig, voneinander zu lernen, beispielsweise durch institutionalisierte Städtepartnerschaften. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gebe es bislang zu wenige systematisierte Lernprozesse, kritisierten mehrere Teilnehmende.

Dabei machte das Bonn Symposium einmal mehr deutlich, dass der internationale Austausch keineswegs eine Einbahnstraße vom sogenannten „Globalen Norden“ in den „Globalen Süden“ sein darf. Angesichts der vielen guten Projektbeispiele und Politikansätze aus dem „Globalen Süden“, die während der Konferenz vorgestellt wurden, liegt es auf der Hand, dass auch deutsche Kommunen viel von Projekten aus anderen Weltregionen lernen können. „In der Agenda 2030 sind alle Länder Entwicklungsländer“, wie vielfach betont wurde. Einen veritablen Kapazitätsaufbau und Wissenstransfer entgegen der üblichen Richtung umzusetzen, erfordert jedoch nicht nur die entsprechenden Investitionen, sondern auch ein radikales Umdenken im „Globalen Norden“.



Minister für Bundesangelegenheiten,  
Europa und Medien  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
und Chef der Staatskanzlei



Mit Unterstützung von



NACHHALTIGKEIT.  
SUSTAINABILITY.  
DURABILITÉ.  
BONN.

Mit finanzieller Unterstützung des



Gefördert durch



## Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

© yehdou | fotografie; Foto 2-4

**Herausgeberin**  
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)  
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn  
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99  
sef@sef-bonn.org : @sefbonn  
www.sef-bonn.org  
© sef: 2016

**Redaktion**  
Dr. Michèle Roth

**Design Basiskonzept**  
Pitch Black Graphic Design  
Berlin/Rotterdam

**Gestaltung**  
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

\* Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht